Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 12. Oktober 2025

A1: Für eine Nahostpolitik, die unserer historischen und völkerrechtlichen Verantwortung gerecht wird.

ÄNDERUNGSANTRAG Ä1

*Antragsteller*in:* *Karl Koch*

Status: *Zurückgezogen*

Antragstext

Von Zeile 12 bis 25:

können den Völkermord, die Kriegsverbrechen und Vertreibungen insbesondere an ~~Menschen, die sich dem Judentum zugehörig fühlen~~Juden und Jüdinnen nicht ungeschehen machen. Wir verpflichten uns daher aber auf Dauer, einen Staat zu unterstützen und zu schützen, ~~den~~in dem diese ~~gemeinschaftlich bilden~~leben. Jegliche antisemitische Handlungen, Vergehen und Verbrechen lehnen wir auf das Schärfste ab, sie müssen umgehend strafrechtlich verfolgt und geahndet werden. Wir wenden uns ~~allerdings~~ auch gegen Versuche, Kritik an der israelischen Regierung als Antisemitismus zu diskreditieren. Insbesondere sind Menschen jüdischen Glaubens grundsätzlich ~~nie~~ für Handlungen der israelischen Regierung zur Verantwortung zu ziehen. Wir unterscheiden selbstverständlich zwischen den Menschen aller Nationalitäten jüdischen Glaubens und dem verbrecherischen Handeln von ~~Teilen~~den rechtsextremen Ministern in der aktuellen israelischen Staatsführung.
In Folge der Shoa und auch unabhängig von ihr zogen Menschen, u.a. solche jüdischen Glaubens, ins damalige Palästina. Nach dem ersten Weltkrieg war dieses Gebiet

Von Zeile 44 bis 46 löschen:

in Bezug auf das Kriegsvölkerrecht. Es ist allerdings in den dicht besiedelten Gebieten von Gaza ~~vermutlich~~ unmöglich, die Hamas vollständig militärisch zu besiegen. Zunehmend, befeuert von Teilen der rechtsradikalen Regierung Israels,

Von Zeile 73 bis 74:

jedoch nie gelingen, den Terror dauerhaft zu beenden. Im Gegenteil: Jeder getötete Mensch schafft potentiell ~~einen neuen~~neue Terroristen.

Von Zeile 86 bis 87:

eine Umsetzung der zu Recht als einzig dauerhafte, gerechte Lösung angesehene Zwei-Staaten-~~Lösung~~Lösung/Regelung (abzustimmen) unmöglicher.

Von Zeile 95 bis 96 löschen:

Um den ~~auch in Deutschland bestehenden~~ hartnäckigen Widerstand von Hardlinern zu überwinden, bedarf es erheblichen Drucks sowohl von innen als auch von außen.

In Zeile 103 löschen:

~~Die deutschen Politik muss daher unverzüglich aktiv eingreifen:~~

Von Zeile 114 bis 116:

Statusregelung zu erzeugen.
- sich für den vollständigen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gazastreifen und allen besetzten Gebieten~~,~~ einzusetzen.

Von Zeile 118 bis 120 einfügen:

- Druck auf die Unterstützerstaaten der Hamas auszuüben, damit dauerhafte Friedensverhandlungen zwischen der Hamas, Vertreter*innen Palästinas und Israels beginnen können. Das setzt die sofortige Freilassung aller Geiseln voraus.

Von Zeile 139 bis 141 löschen:

Ggf. Vertragsverletzungsverfahren wären hinzunehmen
- Sich für einen ~~scharfen~~ Wirtschaftsboykott, vor allem jegliche technische Geräte – außer medizinischen – durch die EU gegen Israel einzusetzen und im

Von Zeile 151 bis 153 einfügen:

- Eine grundlegende, verstärkte Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), um ihn wirksam vor politischer Einflussnahme und extraterritorialen Auswirkungen von Sanktionen Dritter zu schützen und die uneingeschränkte Einhaltung des Römischen

Von Zeile 159 bis 161:

untergraben, einschließlich Kriegsverbrechen, Terrorismus und Aufstachelung zum Völkermord, wann immer möglich mit ~~gerichtlichen~~juristischen

Mitteln und/oder durch restriktive Maßnahmen der EU, einschließlich des Einfrierens von

Von Zeile 163 bis 165 einfügen:

- Die verstärkte politische und finanzielle Unterstützung für die Zivilgesellschaft und die Förderung von Bottom-up-Friedensbemühungen, wie gemeinsamen Initiativen der israelischen und palästinensischen

Begründung

überwiegend redaktionelle Änderungen aufgrund von Vorschlägen von Jörn Böhme und Dörthe Sigmund. Bis auf den Punkt "Abstimmung" übernehmen die Antragsteller die Änderungen.